

Kirche auf Raumpatrouillie: Sozialraum und Gemeinwesendiakonie in der kirchlichen Diskussion

Düchting, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Düchting, F. (2016). Kirche auf Raumpatrouillie: Sozialraum und Gemeinwesendiakonie in der kirchlichen Diskussion. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 36(140), 65-76. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-63966-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Frank Düchting

Kirche auf Raumpatrouille

Sozialraum und Gemeinwesendiakonie
in der kirchlichen Diskussion

Es begab sich aber zu der Zeit, als die Debatte um den Sozialraum in den Sozialwissenschaften weitgehend abgeschlossen schien, als man sich klar darüber geworden war, dass das Lebensweltkonzept (vgl. Thiersch 1992) doch weiterträgt und dass das Fachkonzept Sozialraumorientierung (vgl. Hinte 2006) von der Sozialadministration des neoliberalen Fördern- und Fordern-Staates gekapert worden und zur reinen Steuerungsgröße verkommen war (Widersprüche 135 2015) – zu dieser Zeit also, es muss so zwischen 2005 und 2007 gewesen sein, entdeckten Kirche und Diakonie den Sozialraum für sich, wieder für sich, denn auch in den Kirchen gab es seit den 1970er Jahren eine gewisse Tradition von Gemeinwesenarbeit (vgl. Götzmann 2010: 31f.).

Warum wurde jetzt der „neue“ Sozialraum interessant? Kirchliche Gemeinden sind, mit einigen Ausnahmen, grundsätzlich ortsgebunden. Für ihre ortsansässigen Mitglieder, und auch für das soziale Umfeld, machen sie ihre Angebote: neben Gottesdienst, Seelsorge und Amtshandlungen auch Kindertagesstätten, musikalische Angebote, Sozialarbeit, Seniorengruppen oder Jugendarbeit. Aber es gab auch andere Ausrichtungen¹. Denn durch Gemeinde-Fusionen und Umbau kirchlicher Strukturen, durch Bedeutungsverlust im öffentlichen Diskurs und die sogenannte Milieuerengung (vgl. Ahrens/Wegner 2013), also den Bezug fast ausschließlich auf eine bildungsbürgerliche Mittelschicht, haben sich sehr viele Gemeinden eher aus dem Stadtraum zurückgezogen. Vor diesem Hintergrund

¹ Die Evangelische Kirche ist, anders als die Katholische, von unten nach oben aufgebaut. Jede Kirchengemeinde arbeitet für sich, ist für sich verantwortlich und bekommt den Kirchensteueranteil pro Kopf der Gemeindeglieder von der Landeskirche zugewiesen. Ebenso die Pastorenstellen. Im Rahmen der Grundsätze und gesetzlichen Regelungen ist jede Gemeinde für ihr Profil, für ihre Arbeitsansätze und für ihre Gestalt selbst verantwortlich. Daher sind die Möglichkeiten der Steuerung von oben begrenzt.

war es schon bemerkenswert, dass beide großen Kirchen in den Jahren nach 2005 einen für kirchliche Verhältnisse großen Wirbel in Sachen Raum/Stadt/Kirche entwickelten, der in ein vom Bundesbauministerium gefördertes Programm mit dem programmatischen Titel: „Kirche findet Stadt“ mündete. In einer ersten Phase von 2011 bis 2013 wurden dabei bundesweit Projekte vorgestellt, die exemplarisch das Zusammenwirken der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände mit den jeweiligen städtischen Quartieren zeigen sowie interessante und innovative Projekte präsentieren sollten. Es gab Kirchen, die zu Stadtteilzentren oder Sozialkirchen ausgebaut worden waren, Mehrgenerationenhäuser waren in alte Gemeindegebäude implementiert worden, oder Stadteilläden, Quartierszentren, Stadtteiltreffpunkte und quartiersnahe Versorgungsstrukturen für Alte, Immobilität oder Demenz entstanden. Die Kirchen und die Diakonie bzw. die Caritas fingen an, sich bewusst, konzeptionell unterlegt und durchaus anspruchsvoll als Akteure für die Quartiersentwicklung zu interessieren.

Welchen Wert hat solch ein Bundesprogramm für die Arbeit vor Ort, und warum beteiligen sich die Kirchen daran ohne Aussicht auf Fördermittel? Warum öffnen sich einige Kirchengemeinden ins Quartier (und andere nicht) und nehmen aktiv an den Entwicklungen teil, kümmern sich also um die eigenen Leute und darüber hinaus um alle Menschen im Quartier? Zeigt sich in solchen Aktionen eine wirklich neue Qualität kirchlicher Arbeit? Oder ist hier lediglich ein weiteres Rückzugsgefecht einer Institution zu beobachten, die sich im 21. Jahrhundert überlebt hat und die nun, nachdem ihr die Menschen in Scharen weggelaufen sind, versucht, mit neuen Marketingkonzepten an „Alle Menschen“ heranzukommen, die auch zeigen will, dass sie mehr zu bieten hat als Weihrauch und alte Leute in kalten Kirchen am Sonntagvormittag?

Diesen Fragen soll hier nachgegangen werden. Um es vorwegzunehmen: eine finale, entlarvende und an kritischer Gesellschaftstheorie orientierte Abkanzelung kirchlicher Bemühungen um das Gemeinwesen wird es im Folgenden nicht geben, aber auch keine simple Apologetik eines kirchlichen Angestellten.

Vom Raum zum Sozialraum

Die fachlichen und politischen Diskussionen über das Sozialraum-Paradigma seit Beginn der neoliberalen „Neuen Steuerung“ Anfang der 1990er Jahre sind für die Soziale Arbeit hinlänglich beschrieben und zusammengefasst worden (vgl. Kessler/Reutlinger 2007: 201; Widersprüche 135 2015). Am Ende der Debatte wurde im wissenschaftlichen Kontext das Fazit gezogen: „Sozialraumorientierung meint sowohl handlungskonzeptionelle Reformprogramme als auch kommunal-admini-

strative Strategien der Neuen Steuerung in den Feldern Sozialer Arbeit, welche seit Anfang der 1990er Jahre weithin verhandelt werden“ (Kessler/Reutlinger 2011: 1508). Sozialraumorientierung ist zum Schlüsselbegriff neuerer administrativer, sozialer und ebenso stadtentwicklungspolitischer Arbeit geworden.

Diese Orientierung ist im Kontext der Sozialverwaltung in seiner Grundsätzlichkeit und Allzuständigkeit allerdings kein emanzipatorisches oder demokratisches Konzept, das auf Partizipation der Betroffenen zielt. Die administrative Bedeutung ist so deutlich in den Vordergrund getreten, dass man heute mit Sozialraumorientierung eher ein Steuerungsinstrument zur Mittelvergabe der Verwaltung meint. „In der Entwicklung und Umsetzung entsprechender sozialraumorientierter Angebote zeigt sich eine Verschiebung von einer Klient_innenzentrierung hin zu einer Ortsorientierung Sozialer Arbeit (Dirks, Kessler, Schulz 2015: 41). Der soziale Raum als der Ort, an dem die Menschen sich mit anderen über das Zusammenleben auseinandersetzen können und müssen, ist zur Planungs- und Steuerungsmethode geworden.

In der bundesrepublikanischen Stadtentwicklungspolitik wurde schon seit den 90er Jahren das Paradigma der Sozialraumorientierung aufgenommen. Seit Ende der 1990er Jahre fördert das Bauministerium diesen Ansatz mit dem Bundesprogrammen „Soziale Stadt“ im Rahmen der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“. Im Zuge des aktivierenden Sozialstaates (vgl. Dahme, Otto, Trube, Wohlfahrt 2003) wurde nun neben den rein baulichen Förderungen der Faktor „Aktivierung der Bürger“ mit in den Maßnahmenkatalog aufgenommen. Viele Programmsegmente der „Sozialen Stadt“ setzen auf den politisch aktiven, sich beteiligenden Bürger, der zur Gestaltung des Stadtteils beitragen kann und soll, natürlich auf freiwilliger Basis. Die Republik wird seit vielen Jahren von Stadterneuerungskonzepten und -praktiken überzogen, stets mit der Absicht, das Quartier für die Bewohner_innen lebenswerter zu gestalten. Animiert von meist externen und für einen Projektzeitraum von 3-5 Jahren engagierten Stadtteilmanager_innen, wird versucht, tragfähige Strukturen der Bewohnerbeteiligung aufzubauen und möglichst alle vorhandenen Träger im Quartier zu einem Netzwerk zusammenzuschließen. Weitergehende Konzepte, z.B. community-care, sehen im Sozialraum eine wesentliche Perspektive, wenn es um die wohnortnahe und niedrigschwellige Versorgung alter, kranker, einsamer und behinderter Menschen geht. (BMFSFJ 2015).

Der beplante Raum

Raumplanung war und ist die Domäne der Stadtplaner_innen. In jeder mittleren Kleinstadt gibt es inzwischen ein Referat für Stadt-, Raum- oder Grünplanung,

deren Aufgabe es auch ist, Bundes- und Landesmittel für die Verbesserung des städtischen Umfeldes in die eigene Stadt zu leiten, meist durch zeitlich befristete Programme. Da die Bürgerbeteiligung in diesen Programmen heute verbindliche Vorgabe ist, sind die Stadtplanungsabteilungen (ich behaupte, sehr zu ihrem Leidwesen) gehalten, die Bürger zu beteiligen, oder wie es dort gerne heißt: die Bürger „mitzunehmen“, dorthin also, wo man als Profi schon ist oder wenigstens hin will. Der städtische Raum ist in diesem Kontext nicht ein Raum von Relationen, der Art und Weise, wie Menschen sich verbinden, der Auseinandersetzungen zwischen ihnen und ein Raum von Interessen und Machtkonstellationen (vgl. Bourdieu 1985, Löw 2001). „Der Sozialraum ist keine gegebene oder gar absolute Einheit, sondern ein ständig (re)produziertes Gewebe sozialer Praktiken“ (vgl. Kessler 2011). Der Raum der Stadtplaner aber ist das Territorium, das Gebiet, das bebaute Quartier, das es zu optimieren gilt und in dem verschiedene Interessen vorhanden sind, etwa der Wohnungswirtschaft, der Verkehrsinfrastruktur und der sozialen Belange. Raum und Raum sind nie gleich, sondern immer interessebedingt definiert (vgl. Oßenbrügge 2014: 24-33).

Viele Missverständnisse bei der Verwendung der Begriffe ‘Raum’ und ‘Sozialraum’, die zwischen Raumplanung und sozialpädagogischen Disziplinen bestehen, sind hier angesiedelt. Da weder in der stadtplanerischen Abteilung noch in der der Sozialen Arbeit immer sauber definiert wird, was man denn unter Raum oder Sozialraum versteht, kommt es zu einem fröhlichen Durcheinander. Der administrative Teil Sozialer Arbeit und die Stadtplanung verwenden Sozialraumorientierung ähnlich technokratisch. Soziale Einrichtungen hingegen gründen ihre Arbeit auf einen eher soziologischen Sozialraumbegriff und kollidieren dann mit der Stadtplanung und der Administration.

Besonders unschön ist diese Unklarheit, wenn der Anspruch erhoben wird, grundsätzliche gesellschaftlich-strukturelle Probleme wie soziale Spaltung, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut auf Stadtteilebene im Sozialraum zu heilen. Soziale Stadtentwicklung ressortiert meist im Bereich der Bau- und Verkehrsministerien, nicht aber im Sozial-, Gesundheits- oder Bildungsministerium.

Es müssen wohl wieder die Erkenntnisse aus der Debatte über Quartiers- und Lageeffekte (vgl. Kronauer/Vogel 2002) bemüht werden, um zu verdeutlichen, dass viele dieser Programme und Aktionen, und vermutlich die administrative Sozialraumorientierung selbst, eher dazu dienen, die Entpolitisierung grundsätzlicher Widersprüche zu betreiben, als Lösungen zu erzielen. Mit der Stimulierung nahräumlicher sozialer Ressourcen, der Förderung freiwilligen Engagements und der Beteiligung einiger Bewohner_innen an den Planungen der Behörden, erreicht man bestenfalls eine gewisse Akzeptanz behördlicher Maßnahmen und

Entscheidungen in der Bevölkerung. Auf kommunaler Ebene wird wahrscheinlich eine Modernisierung, Effektivierung und Ressourcenschonung der Verwaltung erreicht.

Die Erfindung der Gemeinwesendiakonie

Die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas gerieten gegen Ende der 2000er Jahre in diesem Kontext unter einen bisher unbekanntem Druck. Zum einen forderten die kommunalen Sozialverwaltungen zunehmend Aussagen darüber, wie die Angebote Freier Träger, also auch der Kirchen, „sozialraumorientiert“ gestaltet werden können. Und zum anderen fragten Staat und Kommunen zunehmend nach, ob, und wenn ja wie, sich kirchliche Träger an Programmen der „Sozialen Stadt“ beteiligen wollen. „Der“ Sozialraum machte sich so langsam auch in Diakonie, Caritas und den Kirchen breit. Da sahen einige helle Köpfe eine Chance, sowohl den stadtplanerischen wie auch den sozialpolitischen Aspekt miteinander zu verbinden und für die kirchliche Arbeit nutzbar zu machen. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland legte im Jahr 2007 ein grundlegendes Papier dazu vor: „Handlungsoption Gemeinwesendiakonie – die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als Herausforderung und Chance für Kirche und Diakonie“ (Diakonisches Werk 2007). Der Deutsche Caritasverband fasst seine Position abschließend so zusammen: „Sozialraumorientierung ist für den Deutschen Caritasverband eine zukunftsweisende Option, um eine inklusive, teilhabeorientierte und solidarische Gesellschaft zu befördern“ (vgl. DCV 2013). Während in den Bereichen der Behinderten- und Eingliederungshilfen sich schon lange Theorie und Praxis in Richtung Auflösung zentraler Strukturen und Aufbau dezentraler, stadtteilnaher Lösungen entwickelt hatten, kam die Debatte in den anderen Bereichen jetzt erst in Gang.

Der Rückenwind des Bundesförderprogramms „Soziale Stadt“ konnte so auf die Mühlen von Diakonie, Caritas und beider Kirchen geleitet werden. Ohne den Sozialraumbegriff irgendwie zu analysieren, nahm man diese scheinbar neue Orientierung auf und versuchte nun, möglichst alle Ebenen der Kirche und der kirchlichen Wohlfahrt auf den „Sozialraum“ einzuschwören. „Diakonie ist nicht nur Anbieter sozialer Dienstleistungen, sondern übernimmt soziale und kulturelle Verantwortung für die Stadt. Diakonie beteiligt sich aktiv als Partner mit anderen Trägern an der sozialen Stadtentwicklung und wird so zum Mitgestalter des Sozialraums. Denn Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen stellen ein Potenzial zur Verfügung, das die soziale Infrastruktur einer Stadt stärkt und das nachbarschaftliche Miteinander in den Wohnquartieren ausbildet. Es geht

darum, sich im Gemeinwesen zu formieren, damit Ressourcen gebündelt werden können, die koproduktive Prozesse auch mit anderen soziokulturellen Akteuren ermöglichen,“ schreibt die projektverantwortliche Stadtplanerin Dr. Petra Potz von der Transferstelle „Kirche findet Stadt“ (Pötz 2013: 9) im Resümee dieses Bundesprogramms. Diese Aussage ist aber eher programmatisches Wunschenken denn Abbildung der Realität. Man nimmt die „Leuchttürme“ und hält sie für die normale Praxis.

In diesem Kontext entstand im Umfeld von Kirche und Diakonie ein scheinbar neuer und zugleich missverständlicher Begriff, der bis heute die Diskussion bestimmen sollte: die Gemeinwesendiakonie. Damit war eine Handlungsoption oder auch -strategie benannt, durch die Kirche und Diakonie im Gemeinwesen Verbesserungen zum Wohl der Menschen erreichen sollten, möglichst noch zusammen mit anderen Institutionen am Ort. Gemeinwesendiakonie war also keine neue Form der Gemeinwesenarbeit und sollte nicht in soziale oder stadtplanerische Arbeit münden. Die Handlungsoption Gemeinwesendiakonie wurde als Strategie zur Ausrichtung kirchlicher Institutionen auf das Gemeinwesen definiert.

„Erst wenn kirchliche und diakonische Akteure gemeinsam Verantwortung für den Ort wahrnehmen, kann unseres Erachtens von Gemeinwesendiakonie gesprochen werden. Eine sozialräumliche Neuausrichtung diakonischer Einrichtungen – ohne die Kirche – oder die Ausweitung des Gemeindeengagements im Stadtteil – ohne die diakonische Dimension – sind in unserem Verständnis noch keine Gemeinwesendiakonie“ (Horstmann/Neuhausen 2013: 14).

Kirche findet die Stadt wieder

Die Debatte um die Gemeinwesendiakonie nahm in den folgenden Jahren an Fahrt auf und wurde in den Jahren 2007- 2011 auf Tagungen, Konferenzen und Kirchentagen traktiert, bis sie schließlich in die bereits erwähnte Bundesinitiative „Kirche findet Stadt“ mündete. Das Ziel dieser auf drei Jahre angelegten Initiative war es, öffentlich und vor allem der Bundes- und Landespolitik gegenüber vorzuführen, welche erfolgreichen Projekte gemeinwesenorientierter Arbeit in Kirche und Diakonie bereits existieren und wie wichtig „die“ Kirche als Partner für die Stadt(teil)entwicklung ist und weiterhin werden kann. Insgesamt wurden über einen Bekundungsauftrag rund 120 Initiativen zusammengestellt, die sich bereits auf verschiedene Art und Weise im und für das Gemeinwesen engagiert hatten. Bei einem Bundesminister der CSU (Ramsauer) stieß diese kirchliche Initiative, gerade in den Zeiten, als die schwarz-gelbe Koalition das Bundesprogramm Soziale Stadt massiv gekürzt hatte, auf offene Ohren. Ohne

viel Geld in die Hand zu nehmen, konnte man auf Bundes- wie auf Landesebene vorführen, welcher wichtiger Partner die Kirche immer noch ist. Evangelische wie katholische Kirche, Diakonie wie Caritas organisierten eigene Forschungen und Bestandsaufnahmen, um gemeinwesenorientierte Ansätze herauszuarbeiten (vgl.: Horstmann/Neuhausen 2010) sowie Handreichungen für die Praxis. Der Titel des Programms „Kirche findet Stadt“ war in seiner Doppeldeutigkeit hervorragend gewählt, fast schon provokativ, denn gerade die Ortsgemeinden mussten in vielen Fällen die Stadt erst (wieder) finden. Allzu oft ist sie ihnen durch Milieuerengung und Reduktion auf das „Kerngeschäft“ verloren gegangen. Jetzt erinnerte man sich auch daran, dass die Kirche ja eigentlich schon immer in der Stadt aktiv war, wie z.B. der Bischof der Hannoverschen Landeskirche formulierte:

„So sind die positiven Verheißungen städtischen Lebens mit massiven Zumutungen verbunden: sozialräumliche Enge, Begegnung mit dem Fremden, isolierte Existenzweisen, soziale Spaltung, öffentliche Konflikte. Damit hat die Kirche eine zentrale Aufgabe in der Stadt der Zukunft. Denn die Kirchen pflegen den Ortsinn. Keine andere Institution hat über Jahrhunderte im Wachstum und Schrumpfen, in dem Ausweiten und der Verwandlung unserer Städte diese Kontinuität und Aufmerksamkeit für den Ortssinn bewahrt“ (Meister 2013: 5).

Die evangelische Kirche entstaubte ihre Tradition der Stadtteilorientierung, die ihr seit dem 19. Jhd. nicht mehr ins Stammbuch eingeschrieben war, denn „die sozial gerechte Stadt, das um menschenwürdige Wohnquartiere, die Versorgung der Grundbedürfnisse und ausreichende Arbeit zentrierte Gemeinwesen, war weder das Ziel der Inneren Mission noch der Kirchengemeinden“ (Benedict 2010: 47). Erst in den 1990er Jahren nahm die Diakonie das Gemeinwesen in den Blick, etwa mit der Auflösung der Heime und Anstalten. Andere kirchlich-diakonische Arbeitsfelder, z.B. die (offene) Jugendarbeit, praktizierten schon seit Ende der 1960er Jahre einen Raumbezug, der über die reine Zielgruppe hinauswies. Eine stadtteilbezogene oder dem Gemeinwesen zugewandte kirchliche Arbeit blieb aber immer eher eine Randerscheinung in der kirchlichen Arbeit. Gemeinwesenarbeit, geschweige denn eine politisch orientierte Arbeit wie das Community Organizing in der Tradition von Saul Alinsky, fand man höchst selten in Deutschland.

Bis heute gibt es innerhalb der evangelischen Kirche sehr verschiedene Antworten auf die Frage: Was hat die Kirche zum Zusammenhalt der Städte, der Gesellschaft insgesamt beizutragen? Ist sie primär für ihre Mitglieder verantwortlich, oder sieht sie ihren Auftrag auch darin, die Welt, die Stadt, den Stadtteil mitzugestalten und besser zu machen? Es ist bis heute innerhalb der Kirche umstritten, ob, und wenn ja wie, sich die Gemeinden vor Ort an der Weiterentwicklung des Gemeinwesens beteiligen können und wollen und ob ein solches Engagement

mit anderen Trägern zusammen zum primären und nicht sekundären Selbstverständnis „der“ Kirche gehört (vgl. Düchting 2016: 125).

Ähnlich kontrovers sind die Debatten innerhalb der Diakonie. Auf der einen Seite gibt es seit den 1990er Jahren die Auflösung der großen Anstalten und Heime in die Stadtteile hinein, gibt es die Dezentralisierung der Jugendhilfe, gibt es Stadtteildiakonie, Stadtteilzentren, die von der Diakonie betrieben werden (vgl. Kirche findet Stadt NRW 2013) und gibt es stadtteilorientierte Projekte und Ansätze, wie z.B. Kinder- und Familienzentren oder das Projekt „Q8“ der Evangelischen Stiftung Alsterdorf in Hamburg (vgl. Evangelische Stiftung Alsterdorf 2016). Auf der anderen Seite bleiben alle Maßnahmen der Pflege, der Eingliederungshilfe, der Altenarbeit und anderes mehr auf die jeweiligen Zielgruppen orientiert, auch weil die Finanzierung dieser Arbeit nach den Regeln des SGB und der Versicherungsträger funktioniert. Es ist noch keine Orientierung auf den Raum, wenn sich die Jugendhilfeeinrichtungen eines diakonischen Trägers nun nicht mehr auf einem „Anstaltsgelände“ befinden, wie in den vergangenen 150 Jahren, sondern irgendwo in den Quartieren der Stadt untergebracht sind. Die Diakonie nimmt als Wohlfahrtsverband staatlich definierte und finanzierte Aufgaben im Rahmen sozialstaatlicher Arrangements wahr und ist an die fallbezogenen Finanzierungslogiken gebunden. Einen sozialräumlichen Ansatz zu verfolgen wird nicht gelohnt. Ob es wirklich eine Entwicklung vom Fall zum Feld geben wird, von der Zentralisierung zur Regionalisierung, von der Defizit- zur Ressourcenorientierung, von der Komm- zur Geh-Struktur, um einige der zentralen Schlagworte für ein Paradigma der Stadtteil- oder Sozialraumorientierung zu nennen, ist bisher nicht erkennbar.

Die Debatte um die Sozialraumorientierung hat in Kirche und Diakonie dennoch einige Bewegung ausgelöst. Der Präsident der Diakonie Deutschland, Ulrich Lilie, meint sogar, dass jetzt die Zeit reif sei, das Schubladendenken im Hilfesystem zu überwinden:

„Es ist originär diakonisch, von den jeweiligen persönlichen Bedarfen der Menschen auszugehen und den Kontext ihres besonderen Lebens- und Sozialraums einzubeziehen. Allerdings geraten solche Selbstverständlichkeiten unter den Bedingungen der bestehenden sozialstaatlichen Regulierungen und marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten allzu schnell aus dem Blick. Darum ist es hohe Zeit, dass mit der Sozialraumorientierung der diakonischen und der gemeindlichen Arbeit alte Qualitäten wie Nachbarschaft, Verantwortungsgemeinschaften sowie deren Wiederentdeckung im neuen Kleid von Konzepten der caring communities, Normalität und inklusiven Quartieren mit ihnen Teilhabe und Lebensqualitätspotentiale wieder neu entdeckt werden“ (Lilie 2016: 11).

Kirche als Trägerin sozialen Kapitals

Wichtig für die zukünftige Ausrichtung kirchlich-diakonischer Arbeit wäre, dass man Raumbezug nicht territorial, sondern sozial versteht. Kirchengemeinden haben eigentlich nicht die Aufgabe, Stadtplanung zu betreiben. Sie sollen sich um die Gemeinschaft, um die Religion, das Kulturelle, das Soziale, um Sinnfragen, Selbstvergewisserung und um die Nachbarschaft kümmern. Kirchengemeinden können Träger und Entwickler raumbezogenen, sozialen Kapitals sein (Horstmann 2014: 18). Sie könnten die eigenen Mauern und Grenzen überwinden und, wie vielerorts schon lange üblich, grundsätzlich ein Faktor im Gemeinwesen sein. Würde unter Sozialraum künftig wieder das Zusammenleben auf Stadtteilebene verstanden, so könnten Gemeinden und auch diakonische Einrichtungen an der Bildung sozialen Kapitals beteiligt sein. In einer individualisierten und gespaltenen Gesellschaft Solidarität und Gemeinsinn (wieder) herzustellen, gehörte dann zur zentralen Aufgabe kirchlicher Arbeit am Ort. Durch Bildung starker Netzwerke in den Stadtteilen, durch die Zusammenarbeit mit Institutionen der sozialen Arbeit, der Bildung und auch der Wirtschaft, kann es gelingen, dass Kirchengemeinden Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen des Stadtteils erreichen und zwar aller, nicht nur der eigenen Mitglieder (Horstmann 2014: 10). Kirche als Faktor im Gemeinwesen: das wäre eine sozialräumliche Perspektive, die im guten Sinne menschenfreundlich, uneigennützig und politisch wäre. Gerade weil die Gesellschaft multikulturell und multireligiös geworden ist, wird das Potential der Kirchen – Personal, Räume und Zugänge in die Politik und Verwaltung – nötig werden, um das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft zu bremsen.

Würden Kirchengemeinden religionsbasiert und offensiv in diesem Sinne wirken, wäre das einem solidarischen Gemeinwesen zuträglich, denn die staatlichen Instanzen, incl. der Verwaltung, haben sich längst aus dem sozialen Nahraum, aus den Quartieren zurückgezogen. Eine solche Haltung kirchlicher Einrichtungen müsste sich mit dem administrativen Sozialraummanagement ebenso wie mit stadtplanerisch kalkulierten Projekten der Bewohnerbeteiligung auseinandersetzen. Man müsste nicht die von oben verordnete und durch Beteiligungsprofis exekutierte Bürgerbeteiligung mitmachen, sondern man könnte unabhängige, auf Dauer gestellte Stadtteilnetzwerke von Vereinen, Verbänden, Kirchen und anderen örtlichen Organisationen, aufbauen und unterhalten. Solche Netzwerke oder Plattformen gibt es inzwischen auch in Deutschland, etwa in Berlin-Schöneide, in Moabit-Neukölln oder seit neuestem in Köln (vgl. Deutsches Institut für Community Organizing 2016). Basierend auf den Erfahrungen und dem Methodenkoffer des Community-Organizing ist es hier gelungen, weit-

gehend unabhängig von staatlichen Mitteln Netzwerke zu etablieren, die stark und selbstbewusst sind, die auf Dauer gestellt sind und nicht selten von vielen migrantischen Organisationen getragen werden.

Würden die Kirchengemeinden ihre Position im Stadtteil genauer bedenken, hätten sie die Möglichkeit, die eigenen, milieuerengten Grenzen zu überwinden, um mit allen Menschen eines Quartiers zusammenzuarbeiten, über kulturelle, religiöse und soziale Grenzen hinweg.

„Christliche Gemeinden mussten sich in der Geschichte nicht um ihre Zukunft sorgen, wenn sie sich in kritischen Phasen auf die Seite der Menschen geschlagen haben. Umgekehrt haben die beiden christlichen Kirchen mit ihren Gemeinden immer dann ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt, wenn sie ihre Interessen mit Mitteln der Macht auf Kosten von Menschenleben verfolgten. Gemeinden, die sich um das Schicksal von Menschen mit ihnen zusammen kümmern, die in ihrem Raum leben, bekommen ihre Zukunft geschenkt.“ (Schmälzle 2013: 28)

Ein geläutertes Verständnis der eigenen Aufgaben und Traditionen sowie eine kritische Betrachtung neuer Begrifflichkeit, wie dem „Sozialraum“, würden den Kirchengemeinden und auch vielen diakonischen Einrichtungen neue Perspektiven ermöglichen.

Die Debatte wird weitergehen, um den Sozialraum oder um verschiedene Formen aktiver Gemeinde- und Gemeinwesenarbeit. Die Kirche bleibt in weiten Teilen auch heute noch eine konservative Institution, die nicht selten abgekapselt und nach innen ausgerichtet ist. Dort aber, wo sie sich auf Raumpatrouille begibt, kann sie ein interessanter Partner für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Quartieren sein. Genauer hinschauen lohnt sich.

Literatur

- Ahrens, P./Wegner, G. 2013: Lebensstile – Sozialstrukturen – kirchliche Angebote. Stuttgart
- Bourdieu, Pierre 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2015: Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. Berlin
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2015:]
- Benedict, H.-J. 2010: Gemeinwesenorientierte Diakonie, in: Herrmann, V./Horstmann, M. (Hg.): Wichern drei – gemeinwesendiakonische Impulse. Neukirchen
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2005: Drucksache 18/2498 17.Wahlperiode

- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2009: Drucksache 19/3652 19.Wahlperiode
- Dahme, H.-J./Otto, H.-U./Trube, A. 2003: Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Bielefeld
- Deutscher Caritasverband 2013: Solidarität im Gemeinwesen – Eckpunkte zur Sozialraumorientierung in der Caritasarbeit. Freiburg
- Deutsches Institut für Community Organizing 2016, <http://www.dico-berlin.org/das-dico.html> [31.1.2016]
- Diakonisches Werk der EKD 2007: Handlungsoption Gemeinwesendiakonie. Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als Chance und Herausforderung für Kirche und Diakonie. Stuttgart
- Dirks, S./Kessl, F./Schulz, K. 2015 (Re)Produktion von (Un)Ordnung im öffentlichen Raum, in: Widersprüche Heft 135. Münster
- Düchting, F. 2016: Auftrag zur Bewährung-Kirchengemeinde im Gemeinwesen, in: Borck, S./Giebel, A./Homann, A.: Wechselwirkungen im Gemeinwesen – Kirchlich-diakonische Diskurse in Norddeutschland. Berlin
- Evangelische Stiftung Alsterdorf, Q8. <http://www.q-acht.net/q8.html> [31.1.16]
- Götzelmann, A. 2010: Kirchliche Gemeinwesenarbeit, in: Herrmann, V./Horstmann, M. (Hg.): Wichern drei- gemeinwesendiakonische Impulse. Neukirchen
- Herrmann, V./Horstmann, M. (Hg.) 2010: Wichern drei – gemeinwesendiakonische Impulse. Neukirchen
- Hinte, W. 2006: Geschichte, Quellen und Prinzipien des Fachkonzeptes „Sozialraumorientierung“. In: Budde, W./Früchtel, F./Hinte, W. (Hg.): Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis. Wiesbaden
- 2010 Von der Gemeinwesenarbeit zur Sozialraumorientierung, in: Herrmann, V./Horstmann, M. (Hg.): Wichern drei, a.a.O.
- Horstmann, M. 2014: Sozialkapital, Focus Kirchengemeinde, in: Horstmann, M./Park, H.: Gott im Gemeinwesen – Sozialkapitalbildung in Kirchengemeinden. Berlin
- 2014: Die Debatte um soziales Kapital, Horstmann, M./Park, H.: Gott im Gemeinwesen – Sozialkapitalbildung in Kirchengemeinden a.a.O.
- /Neuhausen, E. 2010: Was ist Gemeinwesendiakonie? Berlin
- Kessl, F./Reutlinger, C. 2007: Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden
- 2011: Sozialraumorientierung als bestimmendes Fachlichkeits- und Organisationsmuster Sozialer Arbeit, in: Otto, U./Thiersch, H. (Hg.) Handbuch Soziale Arbeit. Bielefeld
- Kessl, F. 2011: Dimensionen des Sozialraums – Managementgröße der Verwaltung oder Beziehungsgeflecht der Menschen, Vortragsfolien, Part IV. Hamburg
- Kirche findet Stadt (Hg.) 2013: Kirche als Akteur in der Stadt- und Quartiersentwicklung in Nordrhein-Westfalen – Potenziale und Strategien für zukunftsfähige Quartiere. Berlin
- Kirche findet Stadt: <http://www.kirche-findet-stadt.de/>[5.2.2016]
- Kronauer, M./Vogel, B. 2002: Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartiereffekte, was Lageeffekte? In: Häußermann, H./

- Kronauer, M./Siebel, W (Hg.): An den Rändern der Städte – Armut und Ausgrenzung. Frankfurt a.M.
- Lilie, U. 2016: Geleitwort in: Borck, S./Giebel, A./Homann, A. (Hg.): a.a.O.
- Löw, M. 2001: Raumsoziologie. Frankfurt a.M.
- Meister, R. 2013: Geleitwort, in: Kirche findet Stadt (Hg.): Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur in Netzwerken der Stadtentwicklung. Berlin
- Oßenbrügge, J. 2014: Zur Theoriediskussion in der Geographie und geographischen Stadtforschung, in: Oßenbrügge, J./Vogelpohl, A. (Hg.): Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Münster
- Potz, P. 2013: Kirche findet Stadt: Aufbau und Potenziale strategischer Verantwortungsgemeinschaften, in: Kirche findet Stadt (Hg.): Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur in Netzwerken der Stadtentwicklung. Berlin
- Schmälzle, U. 2013: Kirchen als Solidaritätsstifter, in: Kirche findet Stadt (Hg.): Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur in Netzwerken der Stadtentwicklung. Berlin
- Thiersch, H. 1992: Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel. München
- Widersprüche Heft 135 2015: Sozialraum ist die Antwort – was war nochmals die Frage? Münster

*Frank Düchting, Hellkamp 39, 20255 Hamburg
E-Mail: f.duechting@posteo.de*